**Und ewig droht die Schulschließung**

Die langen Monate des Distanzunterrichts haben vielen Schülerinnen und Schülern geschadet. Die Politik verspricht, dass der Herbst besser wird – ohne sich um das Wie zu kümmern.

Von [Jan Friedmann](https://www.spiegel.de/impressum/autor-174a8660-0001-0003-0000-000000001776) und [Armin Himmelrath](https://www.spiegel.de/impressum/autor-02a91312-0001-0003-0000-000000000582)

28.06.2021, aus [DER SPIEGEL 26/2021](https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2021-26.html)

Dominic Brucker baut auf 110 schwarz-weiße Kästen, kaum hüfthoch, verteilt in den Räumen seiner Schule. Die Geräte filtern seit Pfingsten per Ionisierung die Raumluft in der Gemeinschaftsschule Jettingen in Baden-Württemberg, Viren und Pollen sinken dadurch zu Boden. Angenehmer Nebeneffekt: Die Allergiker im Kollegium berichten, dass sie seither freier atmen würden.

Brucker hat natürlich größere Gefahren als Heuschnupfen im Blick. »Die Luftfilter sind für uns ein Baustein, um die Schule in Coronazeiten sicherer zu machen«, sagt der 38-jährige Schulleiter. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern unterstützen das Modellprojekt. »Wir versuchen, uns auf eine vierte Welle vorzubereiten«, so Brucker, »bevor die Fallzahlen wieder steigen.«

Die Luftfilter im Wert von Hunderttausenden Euro, unentgeltlich von einer schwäbischen Firma zur Verfügung gestellt, sind eine Ausnahme in Deutschland. Zwar unterstützen der Bund und teilweise die Länder die Finanzierung solcher Anlagen. Doch die Anschaffung kommt nur mühsam in Gang. Und vielerorts hat man sich erst gar nicht um eine solche Lösung bemüht.

Im deutschen Schulsystem herrscht, mal wieder, das Prinzip Hoffnung: Die Pandemie ist derzeit auf dem Rückzug, die Infektionszahlen sinken, die Schulen sind wieder voll. Dann kommen die Sommerferien, in den ersten Bundesländern haben sie schon begonnen. Und so schlimm wird es im Herbst schon nicht werden – oder?

Rektor Brucker kann sich noch gut an das vergangene Schuljahr erinnern und erzählt, wie der Schnee bisweilen durch die dauergeöffneten Fenster auf die Hefte der Schüler fiel. Man müsse jetzt darüber reden, was Deutschland zum Wohle seiner Kinder investieren müsse. »Das Virus wegzubeschließen geht an der Realität vorbei«, sagt er. An einen reibungslosen Schulstart glaubt er nicht: »Da liegt der Herr Spahn schon richtig, auch wenn ich mit ihm nicht immer einer Meinung bin. Wir werden im Herbst weiter besondere Schutzmaßnahmen brauchen.«

**16 Landesminister schreiben einem Virus vor, wie es sich zu verhalten habe**

Bundesgesundheitsminister [Jens Spahn](https://www.spiegel.de/thema/jens_spahn/) ([CDU](https://www.spiegel.de/thema/cdu/)) hatte es am Wochenende gewagt, skeptisch aufs kommende Schuljahr zu blicken. Die Opposition attestierte dem Minister »politische Kapitulation« und einen Angriff aufs Kindeswohl. Elternverbände verschickten Mitteilungen. Die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz wies auf einen Beschluss des Gremiums hin, wonach künftig die Schulen »dauerhaft im Regelbetrieb (regulärer Schulbetrieb mit allen Schulfächern und Unterrichtsstunden) besucht werden« – als könnten 16 Landesminister einem Virus vorschreiben, wie es sich zu verhalten habe.

Was hatte Spahn Unerhörtes gesagt? Man kann sich den Mitschnitt im Internet ansehen, das Video einer Onlineveranstaltung der Evangelischen Akademie Tutzing. Der Minister lobt routiniert, wie robust das heimische Gesundheitswesen sei, und mahnt, bestimmte Arzneimittel mehr im Inland zu produzieren. Ab Minute 44 dann die inkriminierten Sätze: »Schulen und Kitas sind halt bei solchen Viren Drehscheiben leider dann sozusagen in alle anderen Haushalte hinein.« Und: »Wir werden nicht völlig ohne Schutzmaßnahmen, sei es Maske, Abstand, Wechselunterricht, Testen vor allem auch, wieder in den Schulbetrieb gehen können.«

Eine Binse eigentlich, doch Spahn traf offenbar einen wunden Punkt: die Autosuggestion der Normalität, in der sich Politiker und Schulverantwortliche derzeit bewegen. Dass es gut weitergehen möge, immer ein bisschen besser. Und wenn nicht? Ganz schlechtes Thema jetzt im Sommer, bitte nicht ansprechen vor der Bundestagswahl im September.

Spahn ergänzte seine Aussage, die Bundestagsfraktion der Union schob diese Woche ein Papier nach, in dem sie sich zum Präsenzunterricht bekannte. Und Bundesbildungsministerin [Anja Karliczek](https://www.spiegel.de/thema/anja_karliczek/) (CDU) tat alles, um den Streit nicht zu befeuern.

Präsenz oder Fernunterricht? »Das ist doch gar kein Gegensatz«, sagt Karliczek auf Nachfrage. Einerseits sei klar: Präsenzunterricht für alle habe oberste Priorität, »weil es dabei um so viel mehr geht als nur um das Lernen von Schulstoff«. Andererseits gehe es auch darum, »auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein«, so die Ministerin. »Die Länder sollten sich jetzt intensiv auf die Zeit nach den Ferien vorbereiten«, sagt Karliczek. »Dazu gehören auch Eskalationsstufen, die bei Bedarf in Kraft gesetzt werden können.« Jede Schule müsse vor Ort die Stufen durchplanen und dann »aufgrund der jeweils lokalen Situation entscheiden«.

**Es gibt da ein Dilemma zwischen Gesundheitsschutz und Bildung**

Was solche wohlgesetzten Statements verschweigen: Es gibt da ein Dilemma zwischen Gesundheitsschutz und Bildung. Doch die Debatte darum hat die Politik gemieden. Ein Satz von Bundestagspräsident [Wolfgang Schäuble](https://www.spiegel.de/thema/wolfgang_schaeuble/) im Frühjahr 2020: Der Schutz des Lebens dürfe nicht über allem stehen. Danach wenig mehr desgleichen. Es folgte die Beteuerung, Bildung und Kinder hätten Vorfahrt. Inzwischen haben die Familien gemerkt, dass das so nicht stimmt, was den Frust der Eltern und die Nervosität der Politik erhöht.

Staaten wie Dänemark, Schweden oder Frankreich, die ihre Schulen aus grundsätzlichen Überlegungen auch bei hohen Inzidenzen lange offen hielten, dienten in der deutschen Debatte sogar als Negativbeispiel. Bundesregierung und Ministerpräsidenten entschieden im Zweifel fast immer für den Gesundheitsschutz und trieben damit die Familien an den Rand ihrer Belastungsfähigkeit.

Gut möglich, dass es im Herbst wieder so kommt. In England, wo die Delta-Variante dominant ist, weist die Statistik bereits stark steigende Infektionskurven unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus (siehe Grafik). Auch in Deutschland traten Fälle der Virusvariante schon bei Schulkindern auf.

Epidemiologen betrachten Schulschließungen und Wechselunterricht als wirksame Gegenmittel. Doch die haben einen hohen Preis. Schülerinnen und Schüler lernten in der Coronazeit wenig, hinzu kommen Folgen wie Vereinsamung, Depression, Anpassungsstörungen, Fettleibigkeit oder Internetsucht.

Zuletzt erschienen mehrere besorgniserregende Studien. Laut Forscherinnen und Forschern der Universität Frankfurt am Main lernten die Kinder während der Schließungen im Frühjahr 2020 so viel wie sonst während der Sommerferien – also praktisch nichts. Und das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg kam zu dem Schluss: Schülerinnen und Schüler, die nach dem ersten Lockdown in die fünften Klassen kamen, hatten im Vergleich zu den Vorjahren Rückstände von rund einem Monat beim Unterrichtsstoff. Bei Kindern aus bildungsfernen Familien war die Lücke größer.

Dabei sei die zweite Zeit der Schulschließungen ab Dezember noch gar nicht erfasst, erklärt Benjamin Fauth, der Leiter der Abteilung für Empirische Bildungsforschung. Wahrscheinlich habe in dieser Phase der Distanzunterricht besser funktioniert als am Anfang. Jedoch wisse die Lernforschung: »Häufig werden Rückstände gravierender, wenn man sich nicht aktiv darum kümmert.«

**Kaum Wissen über den Lernstand der Kinder**

Inzwischen hat die Politik beschlossen, Nachhilfe mit milliardenschweren Programmen wie »Aufholen nach Corona« zu fördern. Viele Schulen haben die Zahl der Klassenarbeiten reduziert, die Lehrer sollen bei den Noten und beim Sitzenbleiben besonders nachsichtig sein. Das erschwert allerdings einen unverstellten Blick auf die Realität. »Die Wissenslücken über den Lernstand der Kinder und Jugendlichen in allen Bildungsbereichen sind eklatant«, sagt Kai Maaz, Geschäftsführender Direktor des DIPF-Instituts für Bildungsforschung und Bildungsinformation. »Wir brauchen dringend eine belastbare Diagnose der Kompetenzstände, das haben die Länder bisher weitgehend versäumt.« Eine Arbeitsgruppe der Friedrich-Ebert-Stiftung um Maaz hatte schon im Frühjahr 2020 gefordert, dass Schülerinnen und Schüler pro Woche mindestens einmal persönlichen Kontakt zu einer Lehrkraft haben sollten.

Der direkte Kontakt, das Lernen in der Gruppe sind durch nichts zu ersetzen, das wissen inzwischen auch Regierungsberater. Die Nationalakademie Leopoldina empfahl diese Woche in einer 15-seitigen Stellungnahme, Schulen und Kitas offen zu halten, »da für nahezu alle Kita-Kinder und Schulkinder der Präsenzbetrieb in Kitas und Schulen die effektivste Art des Lernens ist«. Das Bekenntnis kommt reichlich spät.

Dass Anwesenheit vor allem als Risiko betrachtet wurde, bewirkten auch die bedenkenreichen Interventionen der Lehrergewerkschaften wie der GEW, die sich zunächst um die eigene Klientel sorgten. In Bayern etwa versuchte der Lehrerinnen- und Lehrerverband, dem Dienstherrn nach den Osterferien eine Impfzusage abzupressen: »Wer kein Impfangebot erhalten hat, kann nur den Distanzunterricht anbieten!« Erst jetzt, bei einstelligen Inzidenzen, schwenkt die Lehrerlobby ins Lager der Präsenzfans ein.

Über alldem ging wertvolle Zeit verloren. Dabei ist der Kampf um möglichst gute Schule unter Pandemiebedingungen kleinteilig und mühsam. Es geht zum Beispiel um Fahrpläne, um übervolle Busse zu vermeiden, oder den richtigen Gebrauch von Wattestäbchen, um valide Testergebnisse zu erhalten. Oder eben um Lüftungsanlagen, die es bislang nur vereinzelt gibt.

Dass sie nicht flächendeckend in den Schulen eingebaut wurden, bezeichnet Udo Beckmann, Vorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung, als einen großen Fehler der Politik. Da helfe auch das Förderprogramm des Wirtschaftsministeriums nichts, denn die Schulträger müssten ein Fünftel der Kosten als Eigenanteil vorfinanzieren. »Das stellt teilweise unüberwindbare Hürden für die Träger der Schulen dar.«

So bleibt den Schulen nur, Vorsicht walten zu lassen. »Eine Einschulungsfeier mit 500 Leuten plant in diesen Zeiten doch niemand mehr«, sagt Esther Dörnemann, Konrektorin und Abteilungsleiterin Primarstufe an der Theodor-Heuglin-Schule im baden-württembergischen Ditzingen. Für die Zeit danach habe sie mehrere Szenarien in der Schublade liegen. Dass die Kultusminister öffentlich fast nur vom Präsenzunterricht sprechen, habe man in der Schulleitung zur Kenntnis genommen, sagt Dörnemann mit hörbarer Distanz.

»Es macht ja auch Spaß zu sehen, was wir in der Krise alles hinbekommen«, sagt die Pädagogin. Doch: »Die Kolleginnen und Kollegen sind im jetzt abgelaufenen Schuljahr stellenweise spürbar an ihre Grenzen gestoßen.« So falle im Wechselunterricht mehr Arbeit an, wenn es gelte, eine Lerngruppe in der Schule und den Rest zu Hause am Rechner zu betreuen – bei gleichem Personal.

Sie befürwortet eine Maskenpflicht im Unterricht und hofft, dass zumindest die Schnelltests erhalten bleiben: Dass Kinder und Lehrkräfte zweimal pro Woche getestet werden, sei eine Säule des Präsenzbetriebs. Dass ihre Schule noch mit Luftfiltern ausgestattet wird, darauf zählt Dörnemann nicht mehr.

Sie fügt sarkastisch hinzu: »Aber dass es im Oktober wieder kalt wird – damit rechne ich ganz fest.«